

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Vertrieb 3 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M. Durch Träger und andere Vertriebsstellen 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.30 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amthliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 13. Fernruf Nr. 2515, 2516, 2517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Preußen-Nassau 25 Pf., Rheinlande 1.—M.; außerhalb 20 Pf., Rheinlande 1.50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 46

Dienstag, 28. Januar 1919.

73. Jahrgang.

Die Staatenbildung in Deutschland.

W.T.B. Berlin, 25. Jan.

Im Bundesratssaal des Reichsamts des Innern begann heute die unveränderte Aussprache der Vertreter der deutschen Einzelstaaten über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, wie er durch den Staatssekretär Preuß vorgelagt worden ist. Die Sitzung, an der die gesamte Reichsregierung, der Zentralrat und die Vertreter der Freistaaten teilnehmen, wird vom Volksbeauftragten Ebert geleitet. Die Verhandlungen besaßen sich zunächst nur mit dem ersten Teil des vorgelegten Entwurfs, mit der Frage nach Umgrenzung und Stellung der Freistaaten innerhalb der Reichsgrenzen. Staatssekretär Preuß unterbreitete in seinem einleitenden Ausführungen die zwingende Notwendigkeit, sich als Einheitskörper zu zeigen. Soweit die zurzeit bestehenden Einzelstaaten einer solchen Lebensnotwendigkeit des Reiches entgegenstehen, müßten sie sich die Umgestaltung gefallen lassen. Der Staatssekretär betont, daß die Einbringung des Entwurfs gerade in der Woche vor der Wahl zur preussischen Nationalversammlung in die Diskussion leider eine gewisse Geringschätzung erachtete. Er wendet sich besonders gegen die Kritik, die am 8. 11. des Entwurfs geübt worden ist, und betont, daß durch diesen Paragraphen das Bestreben einzelner Landesteile, sich selbstständig zu machen, ein Bestreben, das sich hier und da schon bekümmert habe, in ein geordnetes System geleitet werden soll. Selbstständig könnte die Neubildung von staatlichen Zusammenhängen nur nach Wunsch der betreffenden Volksteile vorgenommen werden. Sie dürfe und könne keineswegs durch ein Dekret der Regierung geschehen. Die Reichsregierung beantragte darum auch nicht etwa das Recht, die Neugruppierung des Reichs von sich aus zu verfügen.

Der bairische Ministerpräsident Kurt Eisner bringt zur Geklärtung im Namen der in Deutschland Staaten, unbegriffen Sachsen, den Vorfall eines Rotageschehs ein, durch dessen Annahme die weitere Erörterung des Verfassungsentwurfs sich erhellern könne. Die Vertreter von Sachsen und Böhmen erklärten ausdrücklich, daß sie durch ihre Zustimmung zu dem Eisnerischen Entwurf keineswegs die Diskussion des Verfassungsentwurfs unterbinden wollten. Gemäß einem entschiedenen Hinweis des Vorsitzenden Ebert, daß unter keinen Umständen durch die Annahme des einen oder des anderen Vorschlags die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werden dürfe, und daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft der Freistaaten nur um eine unverbindliche Besprechung handeln könne, wird, nachdem auch Eisner sich dieser Auffassung angeschlossen hat, die Aussprache eröffnet.

Als erster spricht im Namen des preussischen Staatsministeriums Minister Girsch. Er bekennt sich zu der Ansicht, das Reich einheitsmäßig als bisher auszudehnen, und erklärt, daß er der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, die der Entwurf des Staatssekretärs Preuß leider nicht anstrebe, impositiv gegenüberstehe. Der heutige Vorschlag aber verleihe, die Einheit des Reiches einseitig und allen sehr auf Kosten Preußens zu erzielen. Als Vertreter Anhalts wendet sich Minister Heine gegen den preussischen Vorschlag. Er glaubt, daß durch die Aufteilung Preußens ein Rumpelstilzchen in das deutsche Volk eingeworfen werde, und daß es kaum möglich sein dürfte, die Neugruppierung des Reichs nach dem Wunsche des Volkes vorzunehmen, daß vielmehr jede derartige Neugruppierung eine bürokratische Arbeit der jeweiligen Regierung sein wird.

Der Plan des Staatssekretärs Preuß, das bisherige Staatsgebiet Preußens in verschiedene kleinere Staaten zu zerlegen, ist wie zu erwarten war, vielfach auf starken Widerstand gestoßen. Angeblich sollen sich identische Kreise gegen den Plan erklärt haben. Nach übereinstimmenden Meldungen aus verschiedenen Quellen scheint in den Kreisen, die zu einer Austerlitzentscheidung sind, der Plan zu bestehen, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen und vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Selbstständigkeit gewisser Teile zu vollziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon die nächsten Tage gerade bezüglich der rheinisch-westfälischen Republik gewisse Ueberraschungen bringen.

Bayern gegen eine Zentralisation gegen Verkehrs- und Militärwesen.

TU. München, 25. Jan.

Das bayerische Ministerium für Militärangelegenheiten teilt mit: Der Entwurf der neuen Reichsverfassung lasse vorhersehen, daß das Bestreben nach stärkster Zentralisation, das insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswezens und der Zölle eintreten soll, auch auf dem Gebiete des Militärwesens bestände. Damit dürften alle Sonderverträge Bayerns, die gegenüber der bisherigen Reichsverfassung durch die Verträge von Versailles garantiert waren, hinfällig werden. Eine derartige Zentralisation innerhalb des Reiches sei für Bayern unannehmbar.

Generalstreik in Danzig.

Als Protest gegen die Erziehung Viehnechts und der Wola Luxenburgs ist in Danzig am Donnerstag der Generalstreik proklamiert worden. Die Betriebe stehen still, alle Geschäfte sind geschlossen.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 25. Jan. (Französischer Funkpruch.)

Die Friedenskonferenz hat sich dafür entschieden, daß ein Völkerbund zum Schutz gegen Kriege geschaffen werden muß. Der Eintritt in den Bund soll allen vertrauenswürdigen zivilisierten Nationen offenstehen. Die Mitglieder des Völkerbundes sollen sich auf einer internationalen Konferenz zusammensetzen und eine ständige Organisation bilden. Wilson, der zu dieser Frage das Wort ergriff, erklärte: „Wir müssen dem Wunsche der ganzen Menschheit Rechnung tragen, Amerika betrachtet den Völkerbund als den Schlüssel seines Friedensprogramms.“ Darauf las die Konferenz einen Beschluß bezüglich des Völkerbundes. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die den Inhalt der durch den Feind an leistenden Wiedergutmachungen und die anzuwendenden Mittel prüfen soll. Eine Kommission wurde ernannt mit dem Auftrag, eine Untersuchung über die Verantwortlichkeiten und die Urheber des Krieges durchzuführen; eine Kommission soll die internationale Arbeitergesetzgebung studieren; eine Kommission wurde gebildet mit dem Auftrag, die internationale Regelung des Verkehrs in den Häfen, auf den Wasserwegen und auf den Eisenbahnen zu studieren. In der Vertretung ist die Frage der deutschen Kolonien angeschnitten worden. Die Vertreter der englischen Kolonien haben das Interesse ihrer Länder in dieser Frage dargelegt.

Wilson's Denkschrift über den Völkerbund.

TU. Haag, 25. Jan.

Aus Paris wird gemeldet: Präsident Wilson hat nunmehr seine Denkschrift über den Völkerbund vollendet. Die er der Friedenskonferenz vorgelesen wird. Der Plan für den Völkerbund basiert auf genauem Studium der Denkschrift der Alliierten und insbesondere der französischen und britischen Auffassung, enthält auch viel von den Gedanken des Generals Smuts und hat mehr Ähnlichkeit für den Charakter als Anspruch auf einen persönlichen Plan des Präsidenten Wilson. Danach bilden Amerika und die assoziierten Regierungen den Kern des Völkerbundes, zu dem aber auch alle anderen freien Nationen Zutritt haben sollen. Es wird ein zweiseitiges Schlichterrecht zur Vermeidung von Kriegen vorgeschlagen. Deutschland und Rußland sollen erst dann als Mitglieder des Bundes aufgenommen werden, wenn der politische Zustand in diesen Ländern die erforderliche Stabilität erreicht hat.

Am 25. Januar wird eine öffentliche Volkskammer abgehalten, um über den Völkerbund zu beraten. Lord George wird bei dieser Gelegenheit einen aus wenigen kurzen Klauseln bestehenden Antrag über die allgemeinen Bedingungen einbringen. Darauf wird Wilson den nach Besprechungen mit Leon Bourgeois, Lord Robert Cecil und Smuts entworfenen Plan einbringen. Wahrscheinlich werden bei dieser Gelegenheit Bourgeois, Lord Cecil und Smuts sprechen. Schließlich wird eine besondere Völkerbundskommission darüber entscheiden, wie groß der von Deutschland anerkannte Schaden und wieviel Schadenersatz Deutschland zu bezahlen imstande ist, ferner, in welcher Weise die Zahlungen geschehen sollen.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

DZ. Lissabon, 26. Jan. (Reuter.)

Die auf dem Hügel von Monsanto versammelten Truppen haben die monarchistische Flagge entfaltete. Eine Lissaboner Batterie beschloß die Truppen, die, wie es heißt, von dem früheren Kriegsminister Oberst Mendonza befehligt werden. Motrosen errichteten in den unteren Teilen Lissabons Barrikaden, weil sie das Vorrücken von Kavallerie vom Monsanto erwarteten. Antonio Almeida erschien in einem Automobil auf dem Roctoplatz. Die Menge begrüßte ihn mit Begeisterung und nannte ihn den Verteidiger der Republik.

DZ. Lissabon, 26. Jan. (Reuter.)

Die Forts und die besetzten Lager sind der Republik treu geblieben. Nach einer bekanntgegebenen monarchistischen drohtlosen Depesche, die vom Bahnhof Monsanto nach Esporiz abgeschickt wurde, haben sich in Lissabon Kavallerie, ein Teil Infanterie, zwanzig Geschütze und viele Pistolen der Monarchie angeschlossen. Die Revolutionäre zogen sich gegen Schluß zurück. Am 24. Januar wurden alle politischen Gefangenen mit Ausnahme des Mörders von Sidonio Paes freigelassen.

W.T.B. Siga, 25. Jan.

Einige Blätter verzeichnen das Gerücht, daß die Königin Amalie inognito in Madrid angekommen sei.

Der polnische Imperialismus.

DZ. Prag, 25. Jan.

Das Tschecho-Slowakische Pressebureau meldet, daß außer Oberberg auch Tomkowa und Oberluch von den Polen besetzt worden sind.

DZ. Wien, 25. Jan.

Der Ukrainische Pressedienst meldet: Zu Beginn der Vorwoche fanden im Kampfraum vor Lemberg polnisch-ukrainische Verhandlungen über einen Waffenstillstand bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz statt. Der polnische Generalkommandant verlangte die Räumung Dugaizien bis zur Buglinie, die als vorläufige Demarkationslinie gelten sollte. Ukrainischerseits wurde das polnische Verlangen als unerfüllbar bezeichnet, sodas die Verhandlungen unterblieben.

Gegen die Bolschewiki.

Niederlage bei Kauna.

DZ. Riga, 26. Jan. (Französischer Funkpruch.)

Die Bolschewiki sind von den Litauern bei Kauna vollständig geschlagen worden. Viele Tote liegen auf dem Schlachtfeld. Die Litauer machten 6500 Gefangene. Sie rücken gegen Wilna vor.

TU. Kopenhagen, 27. Jan.

Ueber ganz England wurde der Belagerungszustand verhängt. Moskau und Petersburg wurden durch Besatzungsdorbeiten gesichert.

Russische Finanzwirtschaft.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge erfährt die „Time“ aus Omsk: Die bolschewistische Blätter melden, sind in Petersburg und Penza 14000 Arbeiter Tag und Nacht mit der Herstellung von Papiergeld beschäftigt. Petersburg liefert 80 Millionen Rubel täglich, Penza 200 Millionen. Neben ihrer Pöhnung erhalten die bolschewistischen Soldaten an der Ural-Front 30 Rubel für jede Stunde, die sie im Gefecht sind. Jeder Soldat, der an der Eroberung von Ufa teilnahm, erhielt 1000 Rubel. Wie aus London gemeldet wird, veröffentlicht das amtliche Organ der Bolschewiki in Moskau, „Iswestija“, eine Mitteilung des Finanzkommissars, wonach der Fehlschlag für die letzten sechs Monate 2445 Millionen Rubel betrug. Das Budget des Kriegskommissars wird nicht veröffentlicht, ebenso halten die Bolschewiki das finanzielle Ergebnis der Sozialisierung des Handels und der Industrie geheim.

Verständigung mit den Bolschewiken.

Paris, 24. Jan. (Havas.)

Die französische Presse nimmt den Beschluß der Friedenskonferenz, sich mit den Bolschewiken zu verständigen, ohne besondere Wärme auf. Man befürchtet, daß die Bolschewiken die Gelegenheit ohne Bedenken benutzen könnten, um ihre Ideen über die ganze Welt zu verbreiten und damit dem Friedenswert hinderlich würden. Der „Matin“ bezeichnet die Absicht als klug und klug, glaubt aber nicht an ihre Durchführbarkeit. Die meisten Blätter sehen diesen Schritt als ein Mittel zur Aufknüpfung amtlicher Beziehungen mit den Bolschewiken an, der diesen nur zur Ernüchterung diene, während diejenigen, die für die Wiederherstellung Rußlands kämpften, dadurch entmutigt werden müßten.

Die Versorgung Europas durch Amerika.

W.T.B. Washington, 24. Jan. (Reuter.)

Die Gesandtschaft betreffend Genehmigung von 100 Millionen Dollars für die Versorgung Europas und des nahen Ostens mit Lebensmitteln ist jetzt auch vom Senat angenommen worden.

Herabsetzung der Brot- und Zuckerration in Wien.

TU. Wien, 27. Jan.

Für nächsten Monat ist in Wien nur mit der halben Zuckerration zu rechnen. Die Brotration wird in der kommenden Woche ebenfalls auf die Hälfte reduziert werden.

600 000 Menschen fehlen als Arbeitskräfte auf dem Lande.

Die offiziellen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben: Die unheilvollen wirtschaftlichen Zustände haben im Kabinett den Entschluß reifen lassen, radikal durchzugreifen und Wohnhäuser ins Werk zu setzen, um der mehr und mehr Platz greifenden chaotischen Verwaltung unseres Wirtschaftslebens Einhalt zu tun. Ohne weiteres ist klar, daß der Hebel, der hier anzusetzen ist, der Arbeitsmarkt, besonders das brennende Problem der Arbeitslosigkeit sein muß. Bedeutet man, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen beziffert werden kann und schon jetzt die Ernteharveste unter solchen Verhältnissen als gefährdet gelten kann, erügt man weiter, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entzerte von einer auf höchste gehobenen Akkumulation von Kohlen, Kalk und Industrie-Erzeugnissen abhängig ist, so kann kein Zweifel sein, daß sich durch die erlöschende zunehmende Arbeitslosigkeit in Folge von selbst Zwangsmaßnahmen aufdrängen. Diese Verordnung vom 15. Januar gibt den Kommunen das Recht, in allen Fällen, wo Arbeitsaufnahme unbegründet verweigert wird, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen. Sollte dieser „sanfte Druck“ nicht hinreichen, so wird man vornehmlich vor härteren Maßnahmen nicht zurückzucken. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Erwägungen in diesem Sinn im Gange sind.

Weitere Ergebnisse zur Preußenwahl.

Doppel m. Die Beteiligung an der Wahl zur preussischen Landesversammlung war bedeutend geringer als vor 8 Tagen. Von 398 eingetragenen Wahlberechtigten machten am 26. Januar 251 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Am 19. Januar dagegen 774. Es erhielten Stimmen: Unabh. Soz. 349, Sozialdem. 1356, Demokraten 551, Deutsche Volksp. 47, Deutsch-nationale 7, Zentrum 210. Bei der letzten Reichstagswahl 1912 wählten von 1302 Wahlberechtigten bei der Hauptwahl 1120, bei der Stichwahl 1180. Es erhielten damals Stimmen: Soz. 845, Freisinn 123, Nationallib. 94, Zentrum 44.

